

# *Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise*

Ein Bericht zu den laufenden Entwicklungen

*Univ.-Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter*

## 4. Fassung

**Synthesis** Forschung  
Gonzagagasse 15/3  
A-1010 Wien  
Telefon 310 63 25  
Fax 310 63 32  
E-Mail [office@synthesis.co.at](mailto:office@synthesis.co.at)  
<http://www.synthesis.co.at>

Der Sozialschutzausschuss und die Europäische Kommission berichten aufgrund des Beschlusses des BESO- / GEKO-Rates vom 15./16. Dezember 2008 regelmäßig über die sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

In diesem Zusammenhang erstellt das BMASK vierteljährlich einen Vortrag an den Ministerrat (»Monitoring über Sozialdaten«) und erhebt laufend einschlägige Daten.

Halbjährlich wird ein Bericht an die Europäische Kommission verfasst. Auch dieser Bericht stützt sich auf die Monitoringdaten, bietet aber zusätzliche Erläuterungen, ohne das gut überschaubare knappe Format zu überschreiten.

Im Folgenden ist der Entwurf für einen solchen Halbjahresbericht dargestellt. Dieser Entwurf liegt nun in einer vierten Fassung vor, da von Mitgliedern einer »Begleitgruppe« vielfältige Hinweise eingebaut wurden, die nahezu alle bei einer Überarbeitung berücksichtigt wurden (wenn auch vielleicht nicht in jedem Fall in einer umfassenden Weise). Die Verantwortlichkeit für noch bestehende Unzulänglichkeiten bleibt weiterhin beim Autor in seiner Rolle als »unabhängiger« Experte.

a.o. Univ.-Prof.  
Dr. Michael Wagner-Pinter

Wien, September 2009

<i>1</i>		
<i>Der Wachstumseinbruch 2008/2009 führt zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt</i>		<i>5</i>
<i>1.1</i>	<i>Die Vehemenz des Wachstumseinbruches</i>	<i>6</i>
<i>1.2</i>	<i>In welchem Ausmaß schlägt die Krise auf den Arbeitsmarkt durch?</i>	<i>7</i>
<i>1.3</i>	<i>Insolvenzen als extreme Form von Arbeitsplatzverlusten</i>	<i>8</i>
<i>1.4</i>	<i>Unternehmen lösen zunehmend Beschäftigungsverhältnisse auf</i>	<i>9</i>
<i>1.5</i>	<i>Arbeitsplatzabbau im Lichte des Frühwarnsystems</i>	<i>10</i>
<i>1.6</i>	<i>Kurzarbeit als temporäre Maßnahme</i>	<i>11</i>
<i>1.7</i>	<i>Anpassung der Wochenarbeitszeit</i>	<i>12</i>
<i>1.8</i>	<i>Anwachsen der Arbeitslosigkeit</i>	<i>13</i>
<i>1.9</i>	<i>Und dennoch Wiederbeschäftigungschancen?</i>	<i>14</i>
<i>1.10</i>	<i>Oder ein länger anhaltender Rückzug aus dem Erwerbsleben?</i>	<i>15</i>
<i>1.11</i>	<i>Aus der Perspektive von Frauen und Männern</i>	<i>16</i>
<i>1.12</i>	<i>Macht das Alter einen Unterschied?</i>	<i>17</i>
<i>1.13</i>	<i>Staatsbürgerschaft als Signal?</i>	<i>18</i>
<i>1.14</i>	<i>Qualifikation schützt im Wachstumseinbruch nicht vor Arbeitslosigkeit</i>	<i>19</i>

<b>2</b>		
	<i>Beschäftigungsverluste und ihre finanziellen Folgen für die privaten Haushalte</i>	<b>20</b>
<hr/>		
<i>2.1</i>	<i>Der Arbeitsplatzverlust bringt spürbare Einkommenseinbußen mit sich</i>	<b>21</b>
<hr/>		
<i>2.2</i>	<i>Und wenn die Beschäftigungslosigkeit länger andauert?</i>	<b>22</b>
<hr/>		
<i>2.3</i>	<i>An der Schnittstelle zwischen Berufsleben und Altersversorgung</i>	<b>23</b>
<hr/>		
<i>2.4</i>	<i>Verstärkte Inanspruchnahme von Sozialhilfe</i>	<b>24</b>
<hr/>		
<i>2.5</i>	<i>Mit Zahlungsverpflichtungen in Schwierigkeiten geraten</i>	<b>25</b>
<hr/>		
<i>2.6</i>	<i>Auswirkungen auf die Vermögensbildung, auf die Bonuszahlungen und auf die betriebliche Pensionsvorsorge</i>	<b>26</b>
<b>3</b>		
	<i>Nachfrage stabilisieren, Arbeitsangebot qualifizieren: Die Interventionen der öffentlichen Hand</i>	<b>27</b>
<hr/>		
<i>3.1</i>	<i>Konjunkturpakete</i>	<b>28</b>
<hr/>		
<i>3.2</i>	<i>Arbeitsmarktpaket</i>	<b>29</b>
<hr/>		
<i>3.3</i>	<i>Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</i>	<b>30</b>
<hr/>		
<i>3.4</i>	<i>Rahmenbedingungen der Budgetgebarung</i>	<b>31</b>
<hr/>		
<i>3.5</i>	<i>Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aufgrund von Sozialpartnervereinbarungen</i>	<b>32</b>
	<b>Anhang</b>	
<hr/>		
	Verzeichnis der Übersichten	<b>34</b>
	Impressum	<b>37</b>

# 1

## *Der Wachstumseinbruch 2008/2009 führt zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt*

---

1.1	<i>Die Vehemenz des Wachstumseinbruches</i>	6
1.2	<i>In welchem Ausmaß schlägt die Krise auf den Arbeitsmarkt durch?</i>	7
1.3	<i>Insolvenzen als extreme Form von Arbeitsplatzverlusten</i>	8
1.4	<i>Unternehmen lösen zunehmend Beschäftigungsverhältnisse auf</i>	9
1.5	<i>Arbeitsplatzabbau im Lichte des Frühwarnsystems</i>	10
1.6	<i>Kurzarbeit als temporäre Maßnahme</i>	11
1.7	<i>Anpassung der Wochenarbeitszeit</i>	12
1.8	<i>Anwachsen der Arbeitslosigkeit</i>	13
1.9	<i>Und dennoch Wiederbeschäftigungschancen?</i>	14
1.10	<i>Oder ein länger anhaltender Rückzug aus dem Erwerbsleben?</i>	15
1.11	<i>Aus der Perspektive von Frauen und Männern</i>	16
1.12	<i>Macht das Alter einen Unterschied?</i>	17
1.13	<i>Staatsbürgerschaft als Signal?</i>	18
1.14	<i>Qualifikation schützt im Wachstumseinbruch nicht vor Arbeitslosigkeit</i>	19

## 1.1

**Die Vehemenz des Wachstumseinbruchs**

Österreichs Wirtschaft ist im dritten Quartal 2008 von dem schweren internationalen Wachstumseinbruch erfasst worden. Von der Vehemenz des Nachfragerückganges wurde insbesondere die Exportwirtschaft überrascht.

Die marktorientierten Unternehmen haben aufgrund der unsicheren Absatzperspektiven und der deutlichen Verschlechterung der Ertragslage ihre Investitionstätigkeit weitgehend eingeschränkt, wodurch die inlandswirksame Nachfrage noch zusätzlich gebremst wurde. Die Entwicklung des realen BIP ist (im jeweiligen Quartals-Vorjahresvergleich) von +2,9% (1. Quartal 2008) auf -4,7 (1. Quartal 2009) gefallen; eine weitere Verschärfung der Rezession ist im 2. Quartal 2009 nicht eingetreten.

Eine nachfragestabilisierende Wirkung geht von dem Konsum der privaten Haushalte aus; darauf deuten sowohl die Umfragen im Einzelhandel als auch die Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens hin.

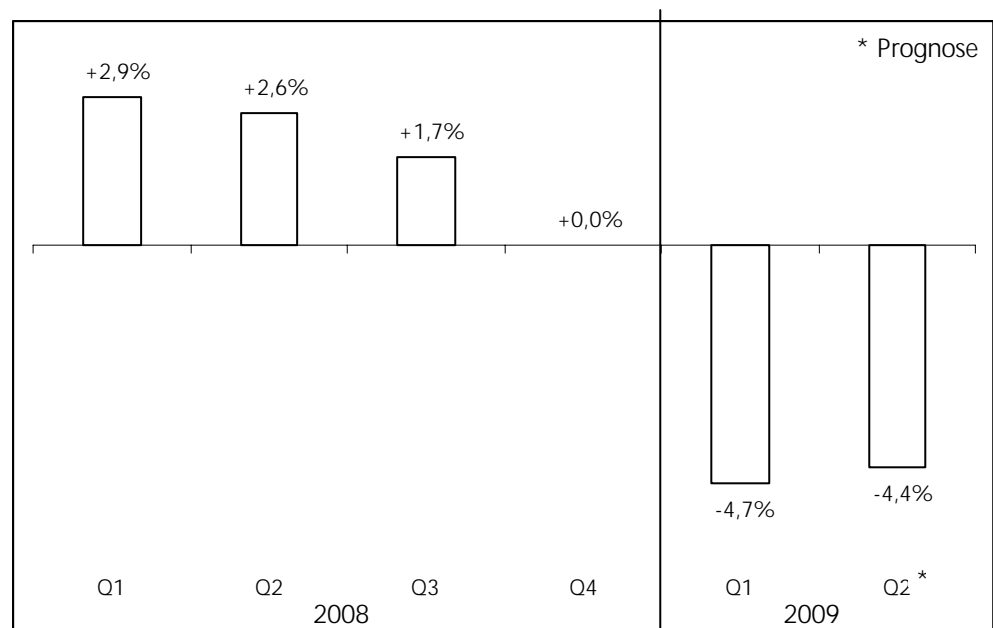
Auch die Budgetgebarung der öffentlichen Hand wirkt nachfragestützend; das gilt sowohl für die Sozialausgaben (als unmittelbar wirkende Stabilisatoren wie etwa im Fall des Arbeitslosengeldes) als auch für die Konjunktur- und Bankenpakete.

## Übersicht 1

**Reales Wachstum des Brutto-Inlandproduktes**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009

Quelle:  
Statistik Austria, WIFO,  
Synthesis Forschung  
(Prognose),  
Stand August 2009



## 1.2

***In welchem Ausmaß schlägt die Krise auf den Arbeitsmarkt durch?***

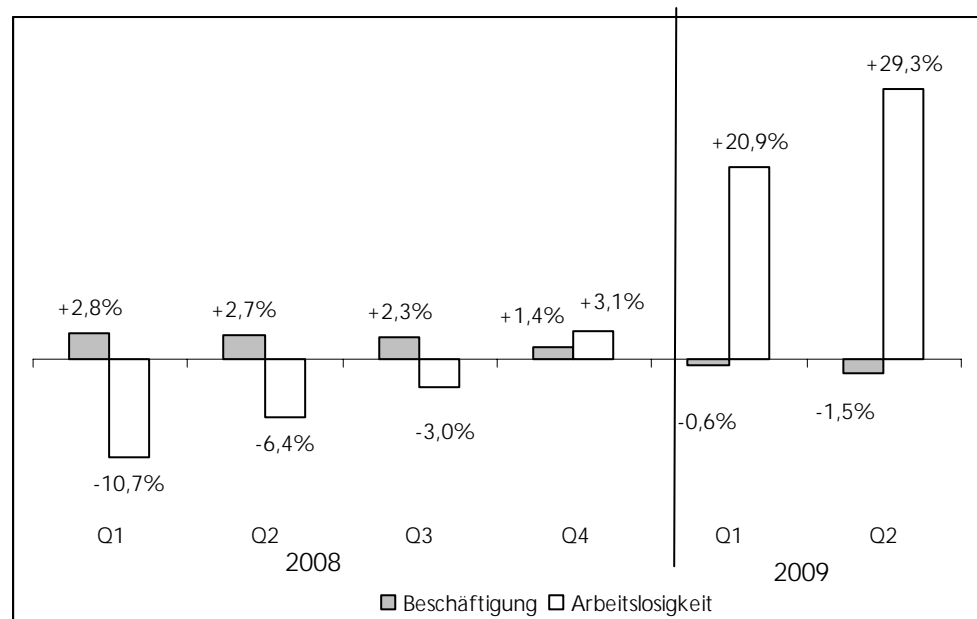
Der Arbeitsmarkt ist die wichtigste Schnittstelle zwischen dem Wachstumseinbruch und seinen Konsequenzen für die am härtesten betroffenen sozialen Gruppen. Je ungünstiger sich die Beschäftigungslage entwickelt, über umso weniger Kaufkraft verfügen die auf Erwerbseinkommen angewiesenen Haushalte, was ihre Ausgabendispositionen einschränkt. In gesamtwirtschaftlicher Hinsicht dämpft dies den Konsum; auf der Ebene der betroffenen Haushalte bewirkt dies (insbesondere unter den Armutsgefährdeten) die Erosion der finanziellen Basis.

Der Arbeitsmarkt hat nur mit einer kurzen Verzögerung auf den Wachstumseinbruch reagiert. Im 4. Quartal 2008 stieg (im Vorjahresabstand) die Beschäftigung noch um 1,5%, doch die zunehmende Arbeitslosigkeit deutete bereits auf eine Trendumkehr. Im 1. und 2. Quartal 2009 hat sich dann die Arbeitslosigkeit jäh ausgeweitet: mit +20,9% und +29,3% (nationale Registerarbeitslosigkeit im Vorjahresabstand). Die Beschäftigung ist um -0,6% und -1,5% (im Vorjahresabstand) gefallen.

## Übersicht 2

***Beschäftigungsrückgang, steigende Arbeitslosigkeit***

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009



Quelle:  
AMS-DWH,  
Hauptverband der  
österreichischen Sozial-  
versicherungsträger,  
Stand Juli 2009

### 1.3

#### *Insolvenzen als extreme Form von Arbeitsplatzverlusten*

Die am stärksten zugespitzte Dynamik, in der die Krise auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, ergibt sich im Fall der Insolvenz: die betreffenden Unternehmen sehen sich nicht mehr in der Lage, ihr operatives Geschäft und den mit ihm verbundenen Personalstand zu finanzieren.

Zwar sind Insolvenzen auch in einer Hochkonjunkturphase auf einem Wettbewerbsmarkt durchaus an der Tagesordnung (3.168 Fälle im ersten Halbjahr 2008), doch werden bei einem Wachstumseinbruch auch Unternehmen insolvent, die sonst durchaus ihren Betrieb weiter aufrechterhalten hätten (3.471 Fälle im ersten Halbjahr 2009). Diese Unternehmen sind teils von der Finanz- und Wachstumskrise »bloß am falschen Fuß« erwischt worden: sei es, dass die Abwertung ihrer Finanzanlagen zu einer ungenügenden Besicherung ihrer Kredite geführt hat; sei es, dass kurzfristig finanzierte Expansionspläne ihnen untragbare Lasten aufbürden; sei es, dass ein hoher Fixkostenanteil eine Anpassung an niedrige Umsätze kaum möglich macht.

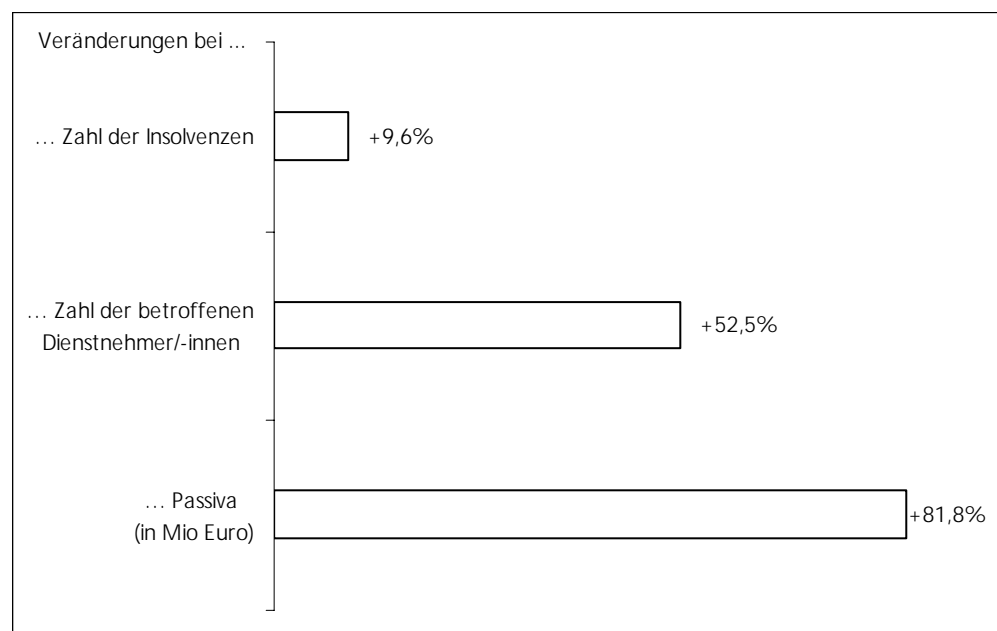
Dies führt zu einem Hochschnellen der Passiva pro Insolvenzfall und zu einer deutlichen Ausweitung der von der Insolvenz betroffenen Arbeitsplätze. Der IESG-Fonds, der die Ansprüche der Arbeitnehmer/-innen im Insolvenzfall befriedigt, hat im 1. Halbjahr 2009 um 27% mehr Zuerkennungsbescheide (25.004) erlassen und um 39% mehr Aufwand an auszahlenden Beträgen (131,74 Mio. Euro) gehabt.

#### Übersicht 3

##### *Ein krisenhafter Verlauf*

Veränderungen 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 in Prozent

Quelle:  
Kreditschutzverband von  
1870,  
Stand Juli 2009



## 1.4

**Unternehmen lösen zunehmend Beschäftigungsverhältnisse auf**

Der österreichische Arbeitsmarkt ist durch ein hohes Maß an Beschäftigungsflexibilität gekennzeichnet. Bei der Auflösung eines Beschäftigungsverhältnisses kommt es (bei mittlerer Konjunkturlage) in jeweils rund einem Drittel der Fälle, zu einer nahtlos folgenden Beschäftigungsaufnahme, zu einer Vormerkung als arbeitslos und zu einem temporären Ausstieg aus dem Arbeitsmarktgeschehen.

Bei einer Gesamtbeschäftigung von 3.276.693 Personen (März 2008) ist es im Zeitraum Jänner 2009 bis Mai 2009 zu 598.963 Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen gekommen; das waren um 1,1% mehr als im gleichen Zeitraum 2008. Von dieser Durchschnittsentwicklung weichen einzelne Sektoren deutlich ab: So haben im Branchenbereich »Produktion«, in dem die Exportindustrien konzentriert sind, die Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen (im Vorjahresabstand) um 12,0% zugenommen. Im Dienstleistungsbereich ist es im Zeitraum Jänner bis Mai 2009 noch zu einem leichten Rückgang der Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen gekommen.

## Übersicht 4

**Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen**

Veränderung Jänner-Mai 2008 auf Jänner-Mai 2009

	<b>Jänner-Mai 2009</b>	<b>Veränderung</b>
Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen	598.963	+1,1%
Davon:		
Produktion	142.017	+12,0%
Dienstleistungen	448.275	-1,8%

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand August 2009

### 1.5 *Arbeitsplatzabbau im Lichte des Frühwarnsystems*

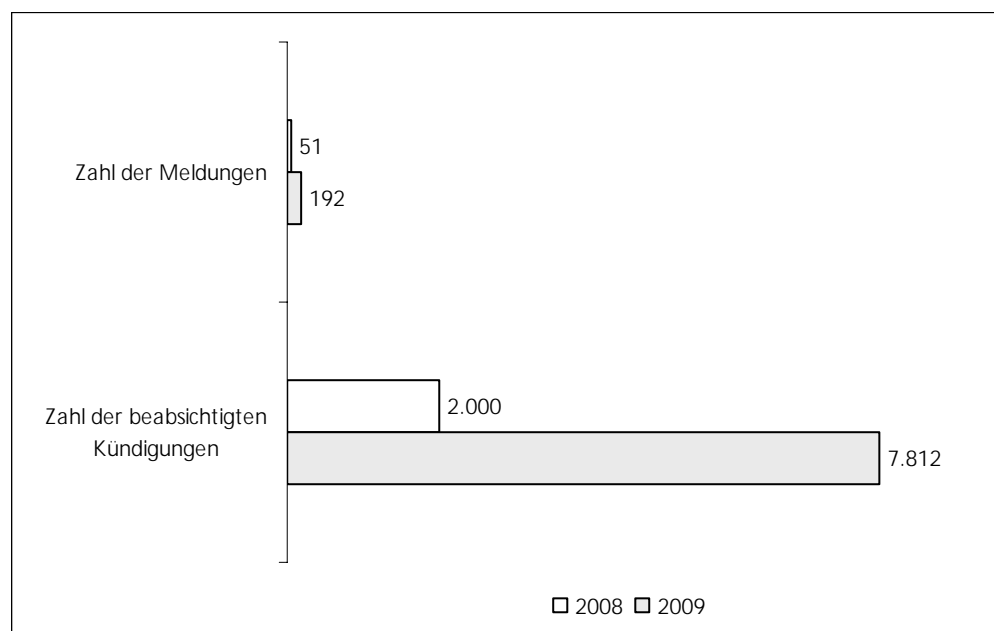
Wenn Unternehmen (mit mindestens 20 Beschäftigten) beabsichtigen, eine größere Personalstandsreduktion vorzunehmen, dann sind sie verpflichtet, dies dem Arbeitsmarktservice zu melden. Eine solche Meldung enthält auch die Zahl der beabsichtigten Kündigungen. Dabei bleibt es vorerst offen, ob das Ausmaß der in Aussicht genommenen Personalstandsreduktionen auch tatsächlich umgesetzt wird.

Im Laufe des Juni des Jahres 2009 sind 192 Meldungen (im Rahmen des Frühwarnsystems) beim Arbeitsmarktservice eingegangen; das war um das 3,76-Fache der Meldungen im gleichen Zeitraum des Jahres 2008. Analog ist auch die Zahl der beabsichtigten Kündigungen gestiegen (um das 3,9-Fache); von 2.000 (Juni 2008) auf 7.812 (Juni 2009). Angesichts der Zahl der tatsächlichen Kündigungen ist nur ein kleiner Teil im Frühwarnsystem erfasst.

In der regionalen Verteilung der beabsichtigten Kündigungen spiegeln sich die zentralen Standorte der exportorientierten Produktionsbetriebe wider:

- Am stärksten ausgeprägt ist der absolute Zuwachs an geplanten Personalstandsreduktionen in Ober- und Niederösterreich: von 105 bzw. 43 (2008) auf 1.450 bzw. 1.348 (2009) beabsichtigte Kündigungen; große absolute Zuwächse verzeichnen auch Salzburg und Kärnten.
- Am relativ schwächsten ist der Zuwachs im Burgenland (91 auf 96) und in Wien ausgefallen; von 352 (2008) auf 864 (2009); das sind um 40,7% mehr.

Übersicht 5  
*Das Frühwarnsystem zeigt die Krise an*  
Juni 2008 auf Juni 2009



Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand August 2009

## 1.6

### **Kurzarbeit als temporäre Maßnahme**

Angesichts der scharfen Akzentuierung des Nachfrageverfalls Ende 2008 und Anfang 2009, war der Regierung und den Sozialpartnern daran gelegen, eine krisenhafte Welle von Beschäftigungsaufösungen zu verhindern. Zahlreiche Unternehmen wollten auch erst einen Überblick über die Schwere und die zu erwartende Dauer der Umsatzrückgänge gewinnen.

Um gegebenenfalls vorerst »durchzutauchen«, wurde auf Kurzarbeit zurückgegriffen. Dabei wurden im Laufe des ersten Halbjahres 2009, die Regelungen für Kurzarbeit so adaptiert, dass sie nun für einen größeren Kreis von Unternehmen als akzeptabel gelten können.

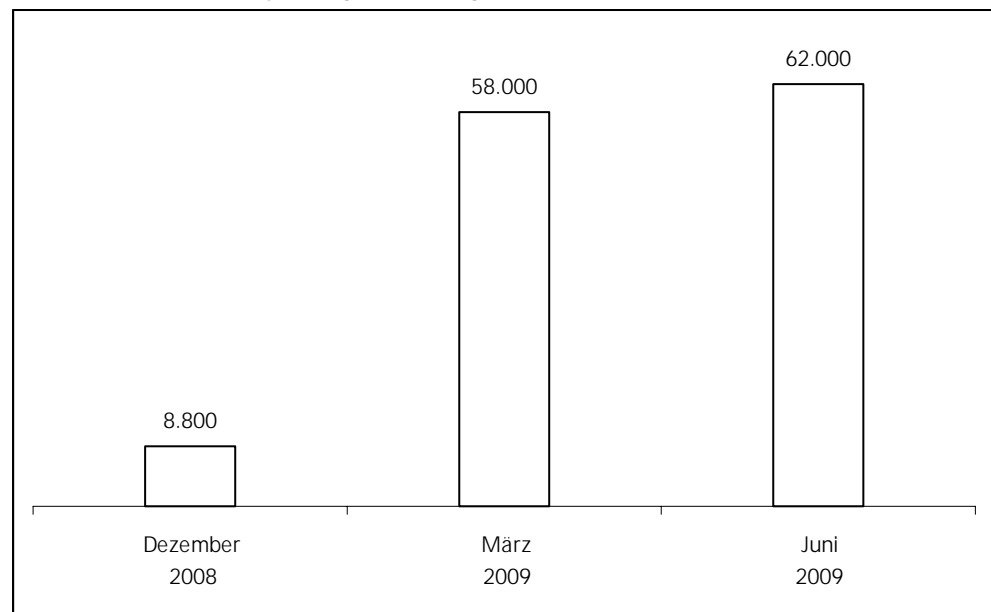
Die Zahl der (geplanten) Beschäftigungsverhältnisse in Kurzarbeit stieg von 8.800 (Dezember 2008) im Laufe des 1. Halbjahres 2009 an, um im Juni 2009 mit 62.000 einen Höhepunkt zu erreichen.

Die Kurzarbeit ist vor allem im Produktionsbereich konzentriert; in mehreren großen Produktionsbetrieben sind mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze davon betroffen.

#### Übersicht 6

#### **Kurzarbeit: Inanspruchnahme der Maßnahme erreicht nach 6 Monaten einen Höhepunkt**

Zahl der Personen zum jeweiligen Stichtag



Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand Juli 2009

## 1.7 Anpassung der Wochenarbeitszeit

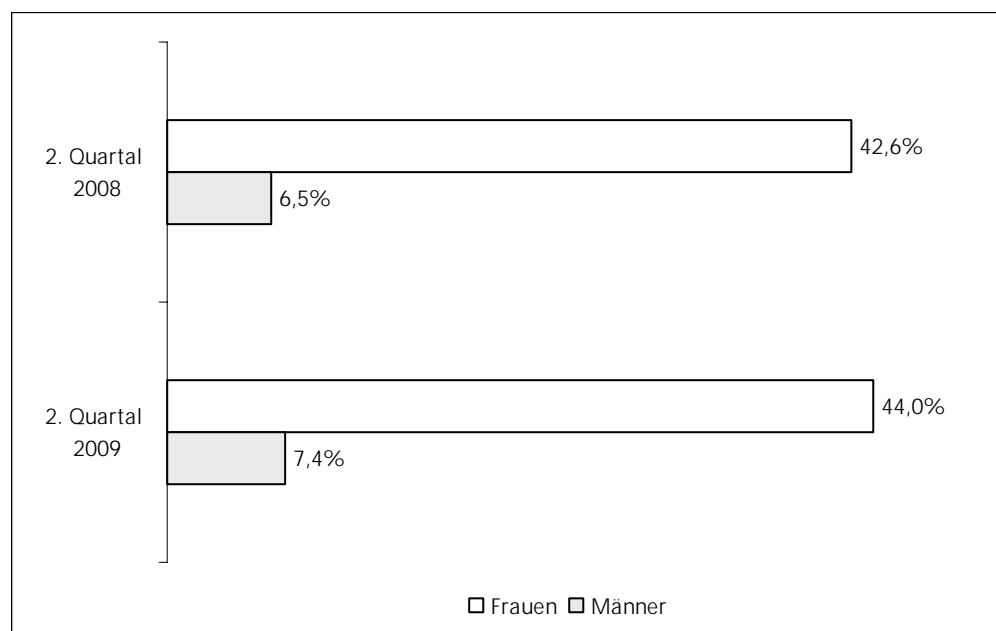
Die Kurzarbeit ist nur eine von mehreren Formen der Arbeitszeitanpassung, die von Betrieben angesichts eines scharfen Umsatzrückganges gewählt wird. Weniger kompliziert ist die Rücknahme von Wochenarbeitszeitvolumina. Dies erfolgt teils in Absprache mit den Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz erhalten wollen, teils anlässlich der Arbeitszeitvereinbarung bei der Neubesetzung einer betrieblichen Vakanz.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich vor Augen zu halten, dass im letzten Quartal 2008 rund 606.000 Männer und 200.000 Frauen mehr als 41 Stunden pro Woche arbeiteten (was auch immer wieder Anlass zu arbeitsmarktpolitischen Diskussionen über die beschäftigungsstabilisierende Wirkung von einer generellen Arbeitszeitverkürzung gibt). Sofern es betriebstechnisch möglich und sinnvoll ist, wird jetzt ein Teil dieses Volumens an Überstunden zurückgenommen.

Ebenso können Arbeitsplätze, die bisher auf »Vollzeit« ausgelegt waren, nun als »Teilzeit«-stelle geführt werden; eine Entwicklung, die schon in den letzten Jahren auch Arbeitsplätze betroffen hat, die mit Männern besetzt sind.

Vom 2. Quartal 2008 bis zum 2. Quartal 2009 ist die Teilzeitquote von Frauen von 42,6% (2008) auf 44% (2009) gestiegen; bei Männern hat sie sich von 6,5% (2008) auf 7,4% (2009) entwickelt.

### Übersicht 7 *Vermehrt auf Teilzeit gesetzt?* Teilzeitquoten der unselbstständig Beschäftigten



Quelle:  
Statistik Austria,  
Stand August 2009

## 1.8

### *Anwachsen der Arbeitslosigkeit*

Die vermehrten Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen und die (teils regional konzentrierten) Verschlechterungen der Wiederbeschäftigungschancen haben zu einem deutlichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit geführt.

So ist im Juni 2009 die Arbeitslosenquote auf 6,3% angestiegen; das ist um 1,6 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor. Am ausgeprägtesten nahm die sektorspezifische Arbeitslosenquote im Produktionssektor zu; von 3,3% im Juni 2008 auf 5,5% im Juni 2009. Dieser Sprung ist nicht zuletzt durch die schwere internationale Krise in der Automobilindustrie verursacht worden; Unternehmen der österreichischen Zulieferindustrie mussten ganze Betriebsteile schließen; eine Reihe mittlerer Unternehmen gerieten in die Insolvenz.

Auch im Dienstleistungssektor nahm das Arbeitslosigkeitsrisiko für die unselbstständig Beschäftigten zu, die Arbeitslosenquote stieg von 5,2% (Juni 2008) auf 6,5% (Juni 2009).

#### Übersicht 8

#### *Arbeitslosenquoten steigen an*

Veränderung Juni 2008 auf Juni 2009

Quelle:  
BMASK-Bali,  
Stand Juli 2009

	<i>Juni Quote 2009</i>	<i>Veränderung in Prozentpunkten</i>
Arbeitslosenquote gesamt	6,3%	+1,6PP
Davon:		
Produktionssektor	5,5%	+2,2PP
Primärsektor	4,3%	+1,0PP
Dienstleistungssektor	6,5%	+1,3PP

### 1.9

#### *Und dennoch Wiederbeschäftigungschancen?*

Die ausgeprägte Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktgeschehens ist durch die Wachstumskrise keineswegs zum Stillstand gekommen. So haben Unternehmen im Zeitraum Jänner bis Mai 2009 567.932 Vakanzen neu besetzt. Dadurch haben sich Wiederbeschäftigungschancen für die Arbeitslosen ergeben.

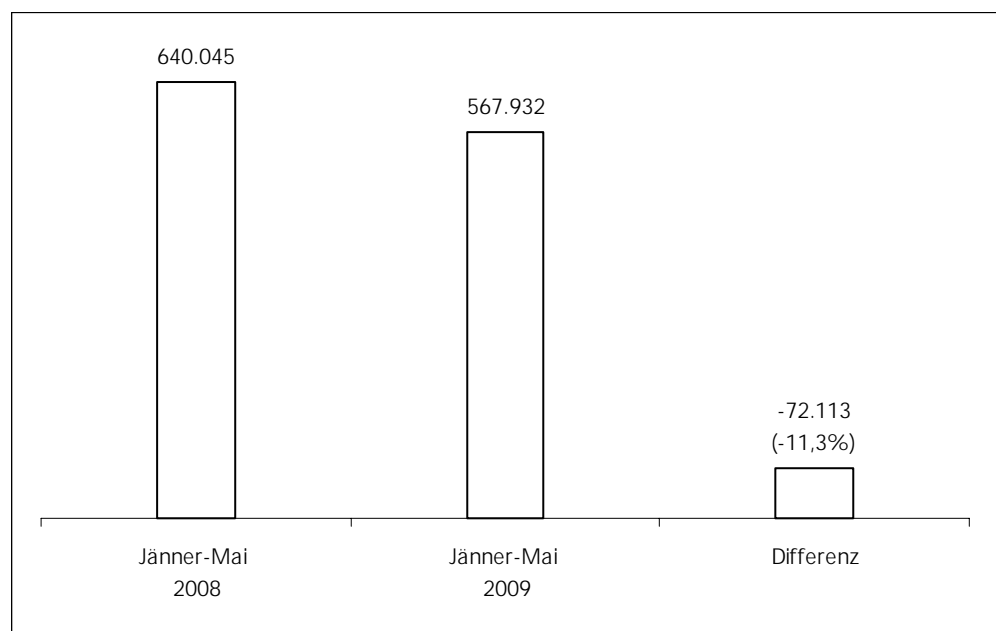
Allerdings lag die Zahl der Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen um 72.113 niedriger als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor; das entspricht einem Rückgang der Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten von -11,3%.

Die hohe Zahl von Neuaufnahmen spiegelt auch die Tatsache wider, dass selbst in deutlich schrumpfende Branchen ein erheblicher Teil der Betriebe ihre Personalstände stabilisieren oder sogar aufstocken. Gesamtwirtschaftlich gesehen befindet sich die Mehrheit der Arbeitsplätze in personalstabilen oder wachsenden Unternehmen.

#### Übersicht 9

##### *Neuaufnahmen von Beschäftigung*

Veränderung Jänner-Mai 2008 auf Jänner-Mai 2009



Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand Juli 2009

### 1.10

#### *Oder ein länger anhaltender Rückzug aus dem Erwerbsleben?*

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigt nur einen Teil des Verlustes von Erwerbschancen aufgrund der Wachstumskrise an. Denn auf die sich verschlechternden Beschäftigungsmöglichkeiten reagieren breite Personenkreise mit einer schwächeren Beteiligung am Arbeitsmarktgeschehen; sie ziehen sich auf eine mehr oder weniger lange Zeit aus der Erwerbsbeteiligung zurück.

Dazu zählen: Jugendliche, die ihren Erwerbseintritt zeitlich verzögern; Saisonberufstätige (aus dem Ausland), die den österreichischen Arbeitsmarkt verlassen; Personen, die aufgrund lokal ungünstigerer Möglichkeiten nur mehr während weniger Tage im Jahr in Beschäftigung stehen.

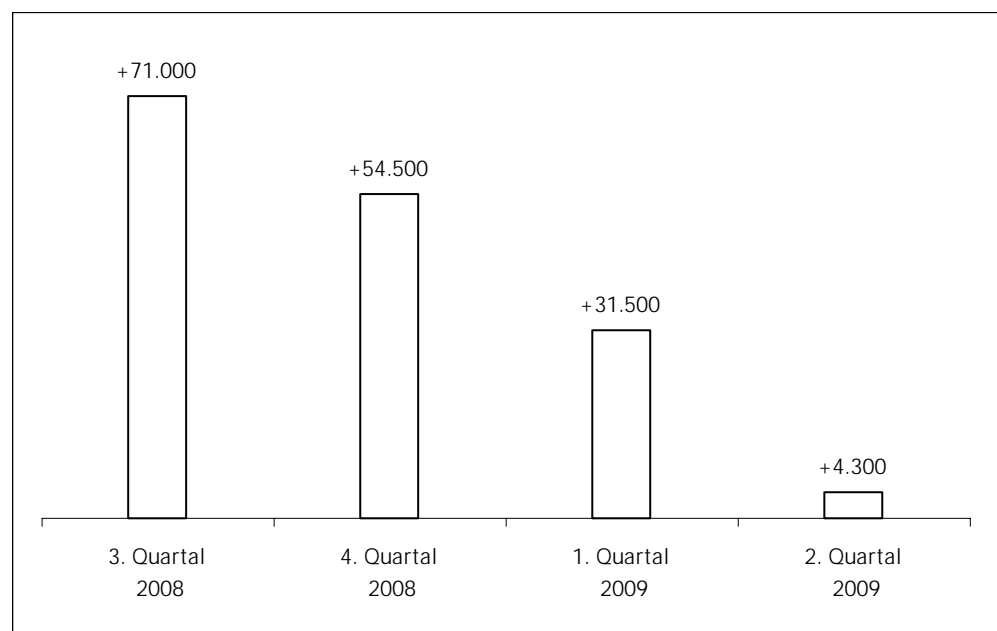
Auf diese Weise ist das Wachstum des Arbeitskräfteangebotes (jeweils gegenüber dem Vorjahr) von +71.000 im 3. Quartal 2008 auf +4.300 im 2. Quartal 2009 gefallen. Dies liegt um rund 18.000 unter dem langfristigen Trend. Der Rückgang des Arbeitskräfteangebotswachstums ist unter Männern (von +29.830 auf -1.120 im ersten Halbjahr 2008 auf 2009) stärker ausgefallen als unter Frauen (von +40.800 auf +19.004). Mit einem weiteren Rückgang des Wachstums des Angebotes ist zu rechnen.

#### Übersicht 10

#### *Wachstum des Arbeitskräfteangebotes stark gebremst*

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009

Quelle:  
BMASK-Bali,  
Stand Juli 2009



**1.11*****Aus der Perspektive von Frauen und Männern***

Was das Arbeitskräfteangebot betrifft, so erweitert sich der Kreis der erwerbsinteressierten Frauen (in Fortsetzung des ausgeprägten Trends in Richtung erhöhter Erwerbsbeteiligung der Frauen) noch immer: Im 1. Halbjahr 2009 nahm das arbeitsmarktwirksame Angebot von Frauen um 1,1% (gegenüber dem Vorjahr) zu. Aufgrund der gedämpften Nachfrage der Betriebe konnten zusätzlich nur 0,4% der arbeitsmarktaktiven Frauen ihr Erwerbsinteresse tatsächlich in Beschäftigung umsetzen. Das hatte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Frauen um +13,8% (gegenüber einem Jahr zuvor) zur Folge.

Das Angebot von Männern stagnierte (gegenüber einem Jahr zuvor) im 1. Halbjahr 2009. Dies konnte aufgrund eines Verlustes von Beschäftigungsverhältnissen von -2,2% im 1. Halbjahr 2009 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit (+32,6%) gegenüber dem Vorjahr nicht verhindern.

## Übersicht 11

***Geschlechtsspezifische Veränderungen (jeweils 1. Halbjahr)***

Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %

Quelle:

BMASK-Bali,

Hauptverband der  
österreichischen

Sozialversicherungsträger,

Stand Juli 2009

	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>
Arbeitskräfteangebot	+1,1%	+/-0,0%
Arbeitslosigkeit	+13,8%	+32,6%
Beschäftigung	+0,4%	-2,2%

### 1.12

#### *Macht das Alter einen Unterschied?*

Der Aufschub des Eintritts in die Erwerbstätigkeit (und nicht die Verkleinerung der demografischen Basis) hat das Arbeitskräfteangebot der Jugendlichen um -0,8% schrumpfen lassen. Dies hat den durchaus konjunkturtypischen Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche (-3,5% gegenüber dem Vorjahr) nicht ausgleichen können: Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 34,3% im 1. Halbjahr 2009 gestiegen.

Im Haufterwerbsalter (25–54 Jahre) stieg das Arbeitskräfteangebot um +0,4%, was bei einem Beschäftigungsrückgang von -1,1% im 1. Halbjahr 2009 die Arbeitslosigkeit um 24,3% (gegenüber dem Jahr zuvor) anhob.

Am Ende des Erwerbsalters (55–64 Jahre) bewirkt die Verbreiterung der demografischen Basis (Stichwort: Nachkriegsjahrgänge und Babyboom) eine Angebotsausweitung von 3,4%, der eine Aufstockung von einschlägigen Beschäftigungsmöglichkeiten von +2,7% gegenüberstand; dies ließ die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe (die bloß unterdurchschnittliche Wiederbeschäftigungschancen besitzt) auf 12,8% ansteigen.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitslosigkeit entwickelt sich an den »Rändern« der Erwerbsjahrgänge geradezu gegenläufig:

- Jugendliche: trotz sinkendem Arbeitskräfteangebot ein weit überdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Ältere: trotz steigendem Arbeitskräfteangebot ein bloß unterdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit

#### Übersicht 12

##### *Altersspezifische Veränderungen (jeweils 1. Halbjahr)*

Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %

	<u>15–24 Jahre</u>	<u>25–54 Jahre</u>	<u>55–64 Jahre</u>
Arbeitskräfteangebot	-0,8%	+0,4%	+3,4%
Beschäftigung	-3,5%	-1,1%	+2,7%
Arbeitslosigkeit	+34,3%	+24,3%	+12,8%

Quelle:  
AMS-DWH,  
Hauptverband der  
österreichischen  
Sozialversicherungsträger,  
Stand Juli 2009

### 1.13

#### *Staatsbürgerschaft als Signal?*

Der Abbau von Personalständen hat Beschäftigte mit österreichischer und ausländischer Staatsbürgerschaft in nahezu gleichem Ausmaß getroffen: Die »österreichische« Beschäftigung ging im 1. Halbjahr 2009 um –1,1% (gegenüber dem Jahr zuvor) zurück, die »ausländische« um –1,0%.

Trotz einer starken »Saison«-Komponente unter den »ausländischen« Beschäftigten, ist deren Arbeitskräfteangebot keineswegs elastischer als jenes der Erwerbspersonen mit inländischer Staatsbürgerschaft, im Gegenteil: Das in Österreich wirksame inländische Arbeitskräfteangebot wuchs um 0,3%, das ausländische um 1,7%. Dies hat unterschiedliche Gründe: Familiennachzug aufenthaltsverfestigter Ausländer/-innen; Vorrücken der Kinder von Ausländer/-innen in das Erwerbsalter; verstärktes grenzüberschreitendes Arbeitspendeln (»herein«).

Deshalb ist die Arbeitslosigkeit unter Erwerbspersonen mit ausländischer Staatsbürgerschaft um +32,6% gestiegen; unter Inländerinnen und Inländern ist sie im 1. Halbjahr 2009 um +22,9% höher als im Jahr zuvor.

#### Übersicht 13

##### *Österreichische und ausländische Staatsbürgerschaft*

Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %

	<i>Inländer/-innen</i>	<i>Ausländer/-innen</i>
Arbeitskräfteangebot	+0,3%	+1,7%
Beschäftigung	–1,1%	–1,0%
Arbeitslosigkeit	+22,9%	+32,6%

Quelle:  
AMS-DWH,  
Hauptverband der  
österreichischen  
Sozialversicherungsträger,  
Stand Juli 2009

## 1.14

**Qualifikation schützt im Wachstumseinbruch nicht vor Arbeitslosigkeit**

Die stärksten Umsatzeinbrüche verzeichneten jene Unternehmen, die im Rahmen ihrer Exporte mit internationaler Konkurrenz zu rechnen haben. Diese Unternehmen versuchen sich (angesichts des österreichischen Lohnniveaus) in einem Qualitätswettbewerb zu behaupten, der einen gut qualifizierten Personalstand erfordert.

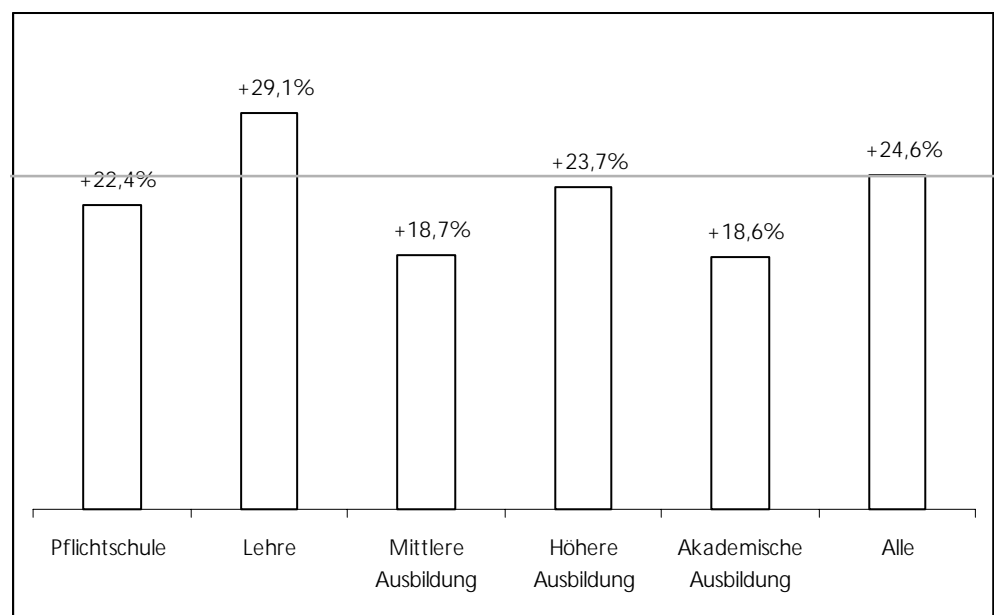
Die Verringerung der Personalstände dieser Betriebe hat daher Beschäftigte auf allen Qualifikationsstufen betroffen. Dies spiegelt sich in der Zunahme der Arbeitslosigkeit (im 1. Halbjahr 2009, gegenüber dem Jahr zuvor) unter Personenkreisen mit unterschiedlich langen (abgeschlossenen) Bildungsgängen wider: Die höchste Ausweitung betraf Personen mit abgeschlossener Lehre (+29,1%), gefolgt von Personen mit allgemeinbildender und berufsbildender Matura (+23,7%). Der Zuwachs im Personenkreis »akademische Bildung« (+18,6%) liegt fast so hoch wie im Kreis »Mittlere Ausbildung« (+18,7%). Allerdings erfolgten diese Zuwächse von deutlich unterschiedlichen Ausgangsniveaus. So lag das Niveau der Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 für Personen mit bloßem Pflichtschulabschluss bei 100.900, jenes für Personen mit akademischer Ausbildung bei 8.100.

## Übersicht 14

**Zunahme der Arbeitslosigkeit**

Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand Juli 2009



## 2

# *Beschäftigungsverluste und ihre finanziellen Folgen für die privaten Haushalte*

---

2.1	<i>Der Arbeitsplatzverlust bringt spürbare Einkommenseinbußen mit sich</i>	21
2.2	<i>Und wenn die Beschäftigungslosigkeit länger andauert?</i>	22
2.3	<i>An der Schnittstelle zwischen Berufsleben und Altersversorgung</i>	23
2.4	<i>Verstärkte Inanspruchnahme von Sozialhilfe</i>	24
2.5	<i>Mit Zahlungsverpflichtungen in Schwierigkeiten geraten</i>	25
2.6	<i>Auswirkungen auf die Vermögensbildung, auf die Bonuszahlungen und auf die betriebliche Pensionsvorsorge</i>	26

## 2.1

**Der Arbeitsplatzverlust bringt spürbare Einkommenseinbußen mit sich**

Trotz einer im Regelfall verpflichtenden Arbeitslosenversicherung für unselbstständige Erwerbstätigkeit bringt der Arbeitsplatzverlust für die Betroffenen Einkommensverluste mit sich.

Das hat mehrere Gründe:

- In vielen Fällen sind die Erwerbseinkommen (angesichts der geltenden Ersatzrate) nicht hoch genug, um bei Bezug von Arbeitslosenversicherungsleistungen nicht von einem Verarmungsrisiko betroffen zu sein; so liegt die durchschnittliche Höhe des ausgezahlten Arbeitslosengeldes (830 Euro) nur um ca. 100 Euro über jenem Bereich, in dem auch die Grundsicherung (gegenüber Armutsgefährdung) angesetzt wird. Die durchschnittliche Höhe der Notstandshilfe und des Pensionsvorschusses liegt darunter.
- Erwerbspersonen, die schlecht in das Beschäftigungssystem integriert sind, erfüllen zum Teil nicht die Voraussetzung zum Bezug eines Arbeitslosengeldes; sie müssen unter restriktiveren Bedingungen auf Regelungen der Sozialhilfe zurückgreifen.
- Aus vielfältigen Gründen mag die Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses nicht unmittelbar zu einer Vormerkung im Arbeitslosenregister führen (wodurch im Regelfall auch der Bezug von Arbeitslosengeld ausgeschlossen ist); die betroffenen Frauen und Männer steigen temporär aus dem Arbeitsmarktgeschehen aus.

## Übersicht 15

**Durchschnittliche Höhe der Transferleistung pro Monat**

Februar 2009

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand Juli 2009

	<i>Höhe der Transferleistung in Euro</i>		
	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>Insgesamt</i>
Arbeitslosengeld	704,-	882,-	830,-
Notstandshilfe	523,-	657,-	605,-
Pensionsvorschuss	568,-	690,-	646,-

## 2.2

**Und wenn die Beschäftigungslosigkeit länger andauert?**

Obwohl der weit überwiegende Teil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes wieder eine Beschäftigung aufnimmt, dauert für rund jede siebente Person (15,4%) unter den Vorgemerkten der Verlust des Beschäftigungseinkommens länger als ein Jahr.

Das Risiko einer Langzeitbeschäftigungslosigkeit zeigt ein ausgeprägtes Altersprofil: Am Ende des Erwerbsalters (55–64 Jahre) ist jede vierte vorgemerkte Person bereits langzeitbeschäftigungslos.

Für Langzeitbeschäftigungslose ergibt sich nach Ausschöpfung des Arbeitslosengeldes die Möglichkeit zur »Notstandshilfe« (die sich an der finanziellen Lage des Haushaltes orientiert); sie beträgt im Schnitt 605,- Euro.

Im Beschäftigungsabschwung nimmt der Zustrom zum Arbeitslosenregister rasch zu (Ausweitung des betroffenen Personenkreises); der Kreis der Langzeitbeschäftigungslosen nimmt auch zu, allerdings (vorerst) langsamer als der Kreis aller vorgemerkten Personen; dadurch nimmt der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen (vorerst) ab.

## Übersicht 16

**Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen als arbeitslos Vorgemerkten**  
Stichtag Juni 2009

Quelle:  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz  
Stand Juli 2009



### 2.3

#### *An der Schnittstelle zwischen Berufsleben und Altersversorgung*

Der Wachstumseinbruch verschärft eine Herausforderung, die sich bereits in Jahren guter Konjunktur abgezeichnet hat: Für viele ältere Erwerbspersonen stellt sich nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes die Frage, ob überhaupt noch Chancen bestehen, je wieder eine halbwegs stabile Beschäftigung aufnehmen zu können. Die Antwort darauf fällt umso skeptischer aus, je ausgeprägter die körperlichen und mentalen Beeinträchtigungen sind, mit denen sich Teile der Betroffenen (nach Jahrzehnten ihres Berufslebens) auseinander setzen müssen.

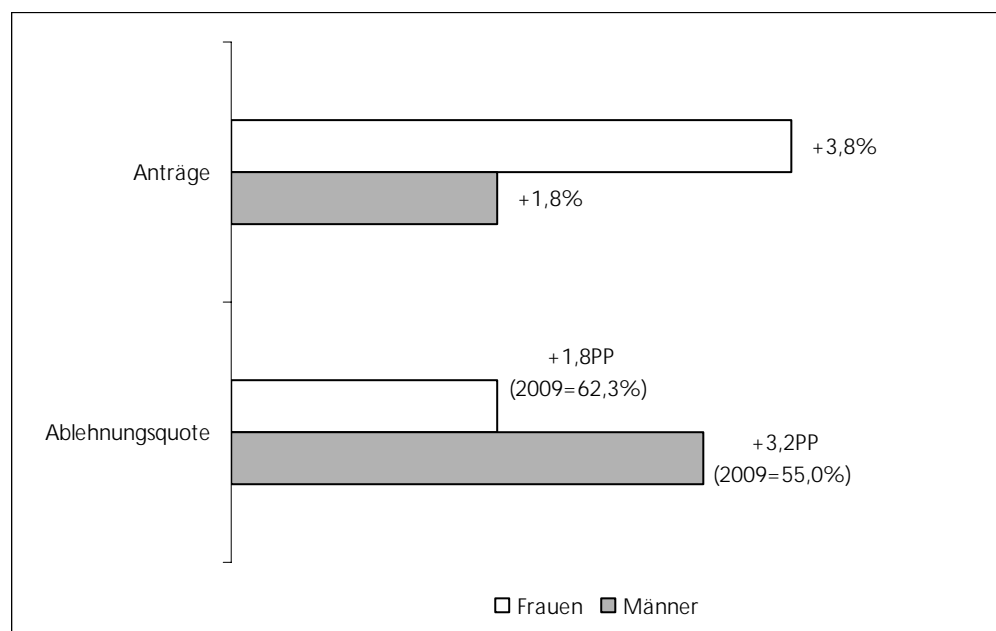
Als ein möglicher Weg, um den Schritt in die Pension zu vollziehen, erscheint vielen der Betroffenen der Antrag auf die Invaliditätspension. So haben im ersten Halbjahr 2009 15.849 Frauen und 23.620 Männer einen solchen Antrag gestellt; im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 waren dies unter den Frauen 3,8% mehr Anträge; unter den Männern 1,8%.

Allerdings können weniger als die Hälfte der Antragstellenden mit Erfolg rechnen. Die Ablehnungsquote (auch in Bezug auf früher gestellte Anträge) ist gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 gestiegen; sie beträgt 62,3% für Frauen und 55,0% für Männer.

Grafik 17

#### *Invaliditätspension als Ausweg?*

Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008 (in Prozent/-punkten=PP)



Quelle:  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz  
Stand Juli 2009

## 2.4

**Verstärkte Inanspruchnahme von Sozialhilfe**

Der Verlust eines Erwerbseinkommens (und sein bloß unvollkommener Ausgleich durch versicherungsrechtliche Transferzahlungen) lässt für einen Teil der betroffenen Haushalte ihre finanzielle Situation prekär werden. Fällt ihr Haushaltseinkommen unter einen Richtwert, können sie Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen, die je nach dem Wohnort-Bundesland (auch hinsichtlich von Sachleistungen) unterschiedlich gestaltet ist. Was die damit verbundenen Geldleistungen betrifft, so zielen sie darauf ab, das Haushaltseinkommen bis zum Richtsatz zu »ergänzen«. Allerdings nimmt nur ein Teil der armutsgefährdeten Haushalte auch tatsächlich Sozialhilfe in Anspruch.

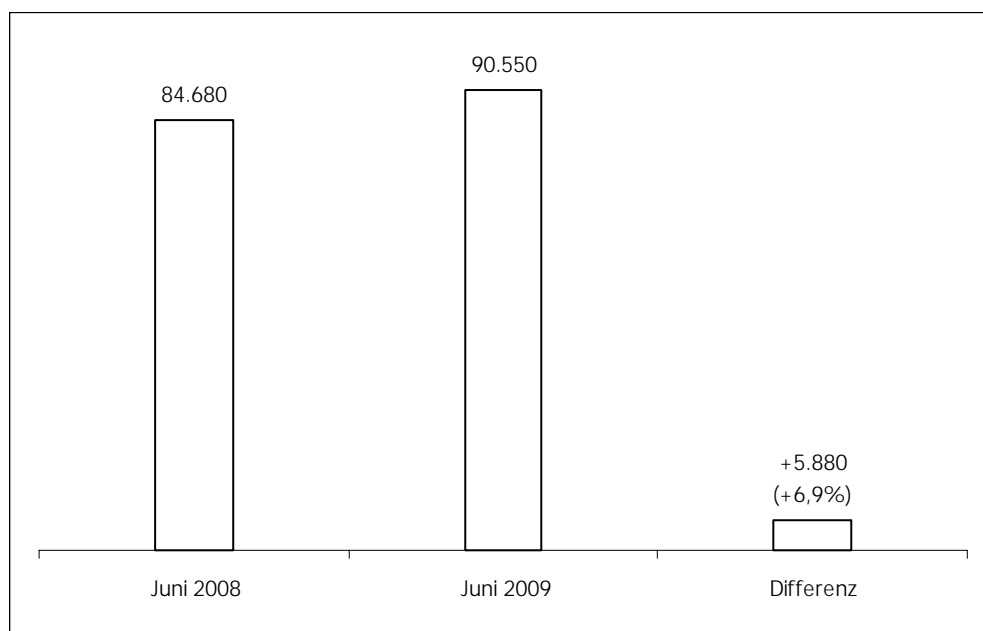
Für einige ausgewählte Gebietskörperschaften liegen bereits Daten zum 1. Halbjahr 2009 vor, die einen Vergleich mit dem 1. Halbjahr 2008 ermöglichen. In diesen Gebietskörperschaften hat sich der Kreis der beziehenden Personen um +6,9% ausgeweitet. Ein stärkerer Zuwachs (der deutlich über dem Trend vergangener Jahre liegt) ist erst mit einer Verzögerung zu erwarten.

## Übersicht 18

**Ausweitung des Kreises sozialhilfebeziehender Personen**

Geldleistungen in der offenen Sozialhilfe, Veränderung Juni 2008 auf Juni 2009 in ausgewählten Gebietskörperschaften

Quelle:  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz  
Stand Juli 2009



## 2.5

**Mit Zahlungsverpflichtungen in Schwierigkeiten geraten**

Die Einbußen von Beschäftigungseinkommen aufgrund von Arbeitsplatzverlusten führen direkt und indirekt dazu, dass Haushalte ihren Zahlungsverpflichtungen (temporär) nicht nachkommen können. Besonders herausfordernd ist eine solche Entwicklung, wenn sie Mietzahlungen betrifft; denn bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtung droht langfristig der Verlust des Daches über dem Kopf.

In diesem Zusammenhang gibt eine Wohnbau-Genossenschaft (mit mehr als 46.000 Wohnungen) an, dass im 1. Quartal 2009 (gegenüber dem 1. Quartal 2008)

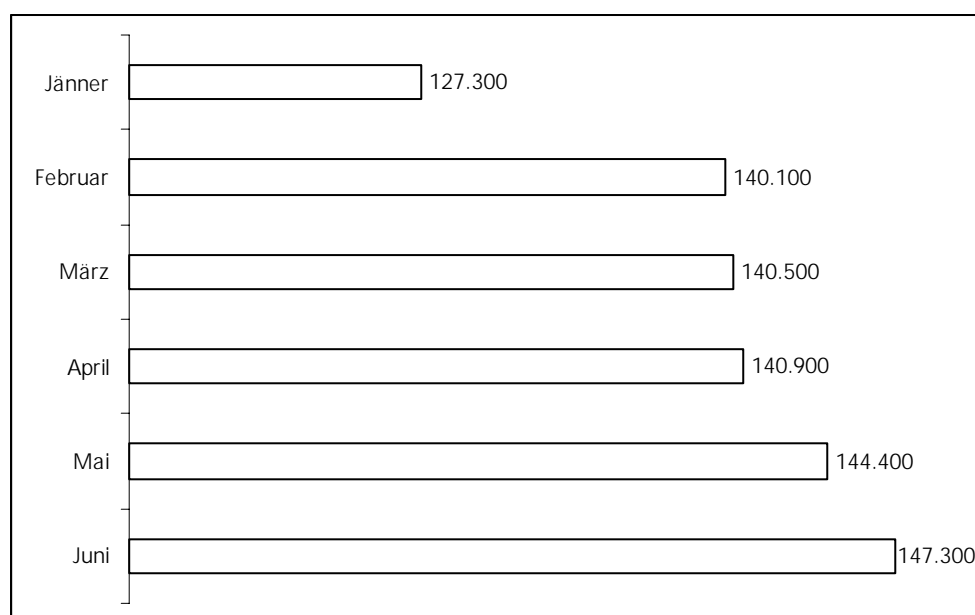
- die Zahlungserinnerungen um 12% gestiegen sind;
- die Mietrückstände um 21% zugenommen haben;
- aber weniger Delogierungen vorgenommen wurden.

Wer in »guten« Zeiten hohe Kredite aufgenommen hat, mag nun bei ihrer Bedienung (oder Refinanzierung) in Schwierigkeiten geraten. So zeigt eine Statistik der »massiven Zahlungsstörungen« bei laufenden Kreditverpflichtungen am Anfang des Jahres 2009 einen sprunghaften Anstieg von 127.300 (Jänner) auf 140.100 (Februar); seit März 2009 hat die Zahl der massiven Zahlungsstörungen langsam zugenommen.

## Übersicht 19

**Zahl der Personen mit massiven Zahlungsstörungen (Kredite) 1. Hälfte 2009**

Quelle:  
Kreditschutzverband von  
1870,  
Stand Juli 2009



## 2.6

### ***Auswirkungen auf die Vermögensbildung, auf die Bonuszahlungen und auf die betriebliche Pensionsvorsorge***

Die Finanzkrise und die mit ihr verbundenen Abwertungen von Aktiva wirkt direkt auf die Vermögenspositionen der österreichischen Haushalte; das trifft insbesondere auch jene weniger wohlhabenden Schichten hart, die sich auf eine Finanzierung ihrer Hypothekarkredite (zum Hausbau) mittels Tilgungsträger eingelassen haben.

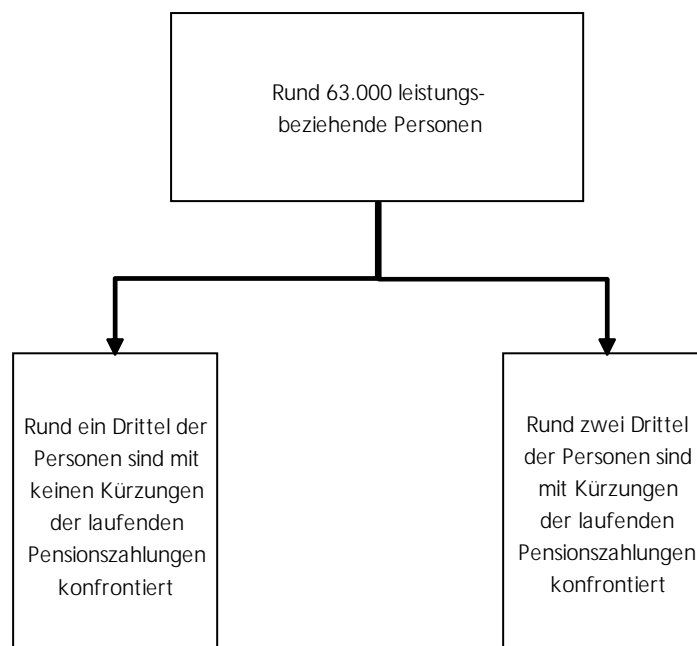
Indirekt wirkt die Finanzkrise auch auf laufende Einkommen. So erhalten mehr als drei Viertel der Angestellten des Bankensektors variable Gehaltskomponenten. Die Bonuszahlungen erreichen nun nicht mehr die gewohnte Höhe oder fallen überhaupt gänzlich aus.

Einen noch breiteren Personenkreis (in Hinblick auf das laufende oder künftig zu erwartende Einkommen) treffen die schweren Kurseinbrüche in Zusammenhang mit den auf Pensionskassen übertragenen Pensionsverpflichtungen von Firmen. So haben rund 560.000 Personen einen Anspruch auf eine Firmenpension. Rund 63.000 Personen beziehen bereits laufend eine solche Zusatzpension, die im Schnitt 490,- Euro im Monat beträgt. Je nach der strategischen Allokation der Aktiva durch die betreffende Pensionskasse (und dem jeweils zugrunde liegenden Rechenzinssatz) können erhebliche Kürzungen eintreten. (Dies hat in der konjunkturpolitischen Diskussion erneut auf die stabilisierende Wirkung der umlagefinanzierten Alterssicherung aufmerksam gemacht.)

#### Übersicht 20

#### ***Mit Pensionskürzungen unmittelbar konfrontiert***

Quelle:  
Fachverband der  
Pensionskassen WKO  
Stand Juli 2009



### **3**

## ***Nachfrage stabilisieren, Arbeitsangebot qualifizieren: Die Interventionen der öffentlichen Hand***

---

<i>3.1</i>	<i>Konjunkturpakete</i>	<i>28</i>
<i>3.2</i>	<i>Arbeitsmarktpaket</i>	<i>29</i>
<i>3.3</i>	<i>Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</i>	<i>30</i>
<i>3.4</i>	<i>Rahmenbedingungen der Budgetgebarung</i>	<i>31</i>
<i>3.5</i>	<i>Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aufgrund von Sozialpartnervereinbarungen</i>	<i>32</i>

### 3.1

#### *Konjunkturpakete*

Noch am Beginn der Wachstumskrise hat die Regierung eine Steuerreform beschlossen, die für Haushalte eine Erhöhung des disponiblen Einkommens und damit zusätzliches Nachfragepotenzials mit sich bringt. Diese nachfragestimulierende Maßnahme ist durch Konjunkturpakete ergänzt worden, die vor allem auf die Investitionstätigkeit von öffentlichen und privaten Unternehmen anregend wirken sollten. Dazu gehört auch die Bereitstellung von geförderten Krediten für kleine und mittlere Unternehmen, um zu verhindern, dass diese ihre Tätigkeit aufgrund einer Kreditklemme einschränken oder gar einstellen müssen.

Parallel zu den ersten und nachfolgenden Konjunkturpaketen stellte die öffentliche Hand bedeutende Geldmittel (10,3 Mrd. Euro) bereit, um den Kreditinstituten die Möglichkeit zu sichern, trotz erheblicher Wertberichtigungen eine international konkurrenzfähige Eigenkapitalquote zu erreichen.

#### Übersicht 21

#### *Wichtige Elemente der Konjunkturpakete*

Quelle:  
Bundesministerium für  
Finanzen  
Stand Juli 2009

	<i>Geplante Ausgaben in Mio EUR</i>	
	<i>2009</i>	<i>2010</i>
Konjunkturpaket 1 (u.a. Mittelstandsfonds bei AWS, Internationalisierungsoffensive)	105	105
Konjunkturpaket 2 (u.a. Thermische Sanierung, Regionale Offensive, F & E)	250	448
Bankenpaket	10.300	500

### 3.2

#### **Arbeitsmarktpaket**

Die Regierung hat im Laufe des 1. Halbjahres 2009 zwei so genannte »Arbeitsmarktpakete« in Kraft gesetzt. Das erste Arbeitsmarktpaket hatte insbesondere die maximale Dauer der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate verlängert; ferner wurden Anreize zu intensivierten Qualifikationsaktivitäten gesetzt (Bildungskarenz Plus, Kurzarbeit mit Qualifikationen).

Das Arbeitsmarktpaket II hat ein breites Spektrum an Maßnahmen angesprochen:

- Die Möglichkeit für Kurzarbeit wird von 18 auf 24 Monate erweitert.
- Bei der Altersteilzeit muss keine Ersatzkraft mehr eingestellt werden.
- Die Möglichkeit, Bildungskarenz zu beanspruchen, gibt es schon nach 6 Monaten Beschäftigung.
- Die neu eingerichtete Jugendstiftung bietet 2.000 Arbeitslosen eine Chance, sich besser zu qualifizieren.
- Solidaritätsprämienmodell: Mehrere Beschäftigte in einem Unternehmen reduzieren ihre Arbeitszeit, um im Gegenzug einen Arbeitslosen oder Lehrling aus einer überbetrieblichen Lehrausbildung (neu) zu beschäftigen.
- Ein-Personen-Unternehmen: Bei erstmaliger Einstellung eines Beschäftigten werden die Sozialversicherungsbeiträge des Dienstgebers für ein Jahr übernommen.

#### Übersicht 22

##### **Erwartete Wirkung des Arbeitsmarktpaketes II**

<b>Maßnahme</b>	<b>Betroffene</b>	<b>Schaffung / Erhalt von Arbeitsplätzen</b>
Kurzarbeit	30.000	15.000
Altersteilzeit	5.000	2.000
Bildungskarenz neu	10.000	10.000
Jugendstiftung	2.000	
Solidaritätsprämienmodell	5.000	1.000
Ein-Personen-Unternehmen	6.500	6.500
Arbeitslosengeld/Bemessungsgrundlage	250.000	
Krankenversicherung	6.000	
Übergangsgeld	8.000	
<b>Gesamt</b>	<b>322.500</b>	<b>34.500</b>

Quelle:  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz  
Stand Juli 2009

### 3.3

#### *Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen*

In der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen spielt das Arbeitsmarktservice Österreich eine zentrale Rolle, an deren Gestaltung die Regierung und die Sozialpartner aktiv beteiligt sind. Das Arbeitsmarktservice verfügt über eine Vielfalt von Programmen, die darauf abzielen, die Beschäftigungsfähigkeit der verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen zu stärken oder überhaupt erst wieder herzustellen.

Was die Personengruppen betrifft, die mit besonderen Barrieren in Hinblick auf eine erneute Integration in das Beschäftigungssystem konfrontiert sind, so kooperiert das Arbeitsmarktservice auf der Ebene einzelner Bundesländer eng mit anderen sozialen Betreuungseinrichtungen.

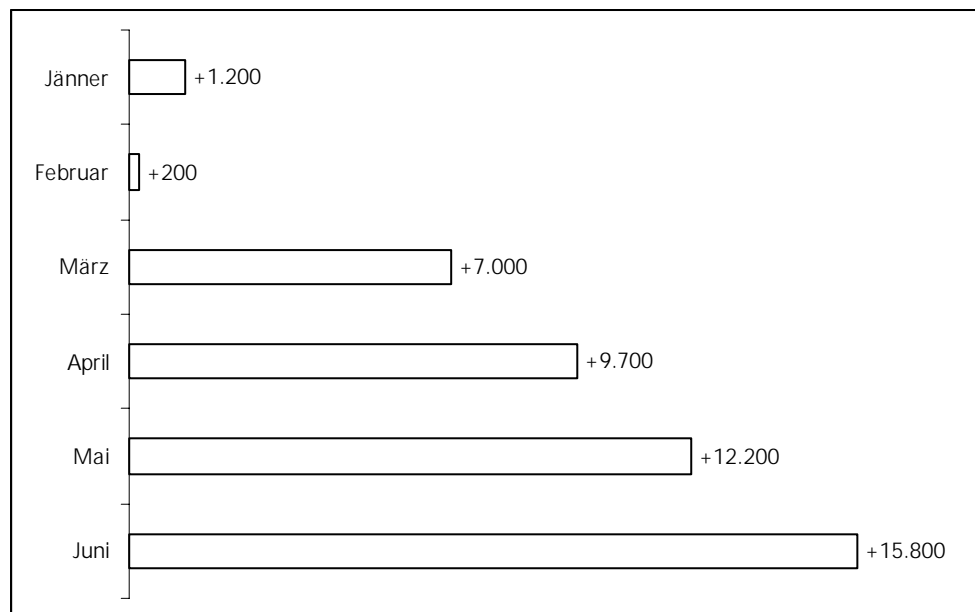
Der verstärkten Zustrom von Arbeitslosen hat das Arbeitsmarktservice sofort veranlasst, die Zahl der verfügbaren Schulungsplätze aufzustocken. Der Kreis der teilnehmenden Frauen und Männer ist gegenüber dem Vorjahr rasch gestiegen: Im Jänner 2009 hat der Zuwachs +1.200 betragen, im Juni 2009 bereits +15.800.

#### Übersicht 23

##### *Zunehmende Zahl an Teilnehmenden von AMS-Schulungen*

Monatliche Veränderung im 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem 1. Halbjahr 2008

Quelle:  
AMS-DWH  
Stand Juli 2009



### 3.4

#### *Rahmenbedingungen der Budgetgebarung*

Die öffentliche Hand hat angesichts der Finanzmarktinstabilitäten und des realwirtschaftlichen Nachfrageeinbruchs ihre Budgetpolitik »expansiv« eingesetzt; teils durch gezielte Programme, teils durch eine akkommodierende Haltung gegenüber dem Wirken der fiskalischen »automatischen« Stabilisatoren.

So sind von Jänner bis Juni 2009 die Bruttoeinnahmen (gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr) um –5,3% zurückgegangen; die direkten Steuern um –9,4%, die Umsatzsteuern um –0,9%. (Was die Einnahmen der Sozialversicherung betrifft, so ist zum Stichtag April 2009 dem Rückgang der Beitragszahlenden von –1,2% ein Zuwachs in der durchschnittlichen Beitragsgrundlage von +2,2% gegenübergestanden.)

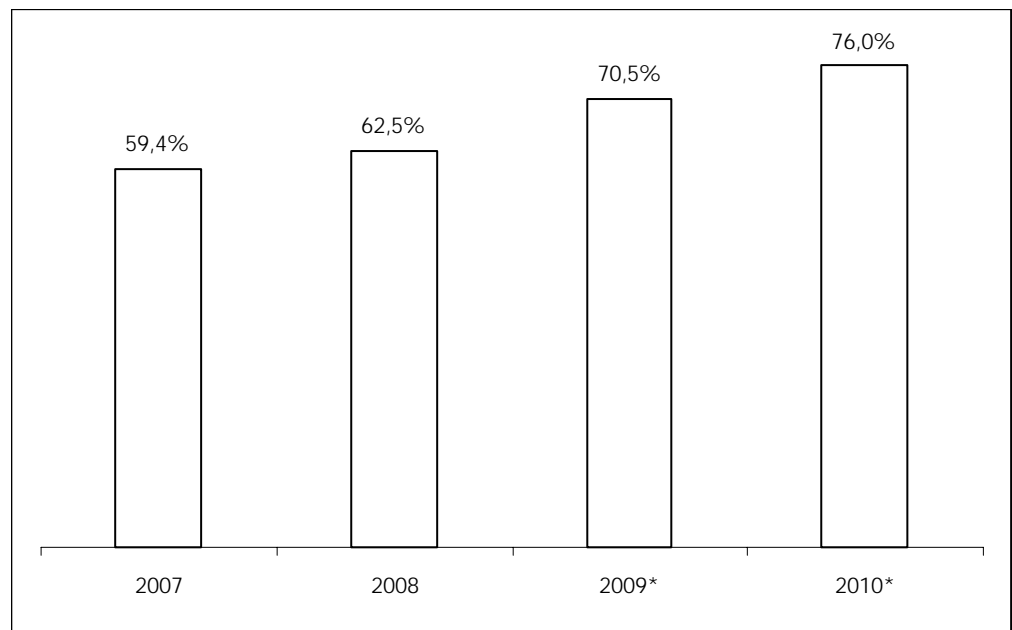
Die expansive Orientierung der öffentlichen Haushaltsführung lässt notwendigerweise die Staatsverschuldung ansteigen: als Quote am BIP von 59,4% (2007) auf prognostizierte 70,5% (2009) und 76% (2010). Ohne dieses Engagement der öffentlichen Hand (auch auf Landesebene) wäre der Einbruch des BIP in den Jahren 2009/2010 vermutlich noch um einen Prozentpunkt stärker ausgefallen.

#### Übersicht 24

#### *Entwicklung der Staatsverschuldung 2007–2010*

Staatschuldenquote in % des BIP

Quelle:  
OeNB,  
Staatsschuldenausschuss  
Stand Juli 2009  
(\* Prognose)



### 3.5

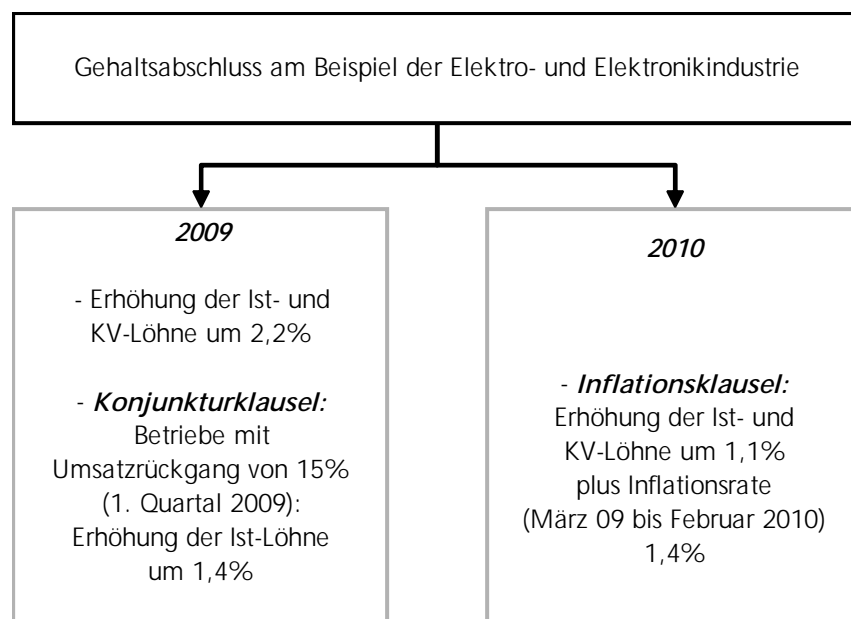
#### **Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aufgrund von Sozialpartnervereinbarungen**

Die Sozialpartner haben sich an der Konzeption und Umsetzung vielfältiger öffentlicher Maßnahmen aktiv beteiligt. Auch in ihrem Kernbereich, der Lohnpolitik, versuchen sie sowohl Reallohnsteigerungen in Aussicht zu nehmen als auch die Flexibilität auf einzelbetrieblicher Ebene zu erhöhen.

Ein Beispiel dafür sind die Lohnvereinbarungen in der Elektro- und Elektronikindustrie, die aufgrund ihrer hohen Exportquote von 70% überproportional vom Konjunkturrückgang betroffen ist: Für Unternehmen, die von der schlechten wirtschaftlichen Lage besonders berührt sind, wurde ein Spielraum in Form einer Konjunkturklausel geschaffen. Unternehmen, die im 1. Quartal 2009 gegenüber dem 1. Quartal 2008 einen Umsatzrückgang von mindestens 15% verzeichnen, können auf betrieblicher Ebene die Erhöhung der Ist-Löhne auf 1,4% beschränken.

#### Übersicht 25

#### **»Konjunktur- und Inflationsklausel« in Lohnvereinbarungen**



---

*Anhang*

---

Verzeichnis der Übersichten	34
Impressum	37

<b>Verzeichnis der Übersichten</b>	Übersicht 1 <b>Reales Wachstum des Brutto-Inlandproduktes</b> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009	6
	Übersicht 2 <b>Beschäftigungsrückgang, steigende Arbeitslosigkeit</b> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009	7
	Übersicht 3 <b>Ein krisenhafter Verlauf</b> Veränderungen 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 in Prozent	8
	Übersicht 4 <b>Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen</b> Veränderung Jänner-Mai 2008 auf Jänner-Mai 2009	9
	Übersicht 5 <b>Das Frühwarnsystem zeigt die Krise an</b> Jänner-Juni 2008 auf Jänner-Juni 2009	10
	Übersicht 6 <b>Kurzarbeit: Inanspruchnahme der Maßnahme erreicht nach 6 Monaten einen Höhepunkt</b> Zahl der Personen zum jeweiligen Stichtag	11
	Übersicht 7 <b>Vermehrt auf Teilzeit gesetzt?</b>	12
	Übersicht 8 <b>Arbeitslosenquoten steigen an</b> Veränderung Juni 2008 auf Juni 2009	13
	Übersicht 9 <b>Neuaufnahmen von Beschäftigung</b> Veränderung Jänner-Mai 2008 auf Jänner-Mai 2009	14
	Übersicht 10 <b>Wachstum des Arbeitskräfteangebotes stark gebremst</b> Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009	15

Übersicht 11	
<b><i>Geschlechtsspezifische Veränderungen (jeweils 1. Halbjahr)</i></b>	
Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %	16
Übersicht 12	
<b><i>Altersspezifische Veränderungen (jeweils 1. Halbjahr)</i></b>	
Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %	17
Übersicht 13	
<b><i>Österreichische und ausländische Staatsbürgerschaft</i></b>	
Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %	18
Übersicht 14	
<b><i>Zunahme der Arbeitslosigkeit</i></b>	
Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008, in %	19
Übersicht 15	
<b><i>Durchschnittliche Höhe der Transferleistung pro Monat</i></b>	
Februar 2009	21
Übersicht 16	
<b><i>Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen als arbeitslos Vorgemerkten</i></b>	
Stichtag Juni 2009	22
Übersicht 17	
<b><i>Invaliditätspension als Ausweg?</i></b>	
Veränderung 1. Halbjahr 2009 gegenüber 1. Halbjahr 2008 (in Prozent/Prozentpunkten)	23
Übersicht 18	
<b><i>Ausweitung des Kreises sozialhilfebeziehender Personen</i></b>	
Geldleistungen in der offenen Sozialhilfe, verzögerte Veränderung Juni 2008 auf Juni 2009 in ausgewählten Gebietskörperschaften	24

Übersicht 19		
	<i>Zahl der Personen mit massiven Zahlungsstörungen (Kredite) 1. Hälfte 2009</i>	25
Übersicht 20		
	<i>Mit Pensionskürzungen unmittelbar konfrontiert</i>	26
Übersicht 21		
	<i>Wichtige Elemente der Konjunkturpakete</i>	28
Übersicht 22		
	<i>Ausgewählte Maßnahmenaspekte des Arbeitsmarktpaketes</i>	29
Übersicht 23		
	<i>Zunehmende Zahl an Teilnehmenden von AMS-Schulungen</i>	
	Monatliche Veränderung im 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem 1. Halbjahr 2008	30
Übersicht 24		
	<i>Entwicklung der Staatsverschuldung 2007–2010</i>	
	Staatsschuldenquote in % des BIP	31
Übersicht 25		
	<i>»Konjunktur- und Inflationsklausel« in Lohnvereinbarungen</i>	32

*Impressum*

Eigentümer und Verleger:  
Synthesis Forschung Gesellschaft m.b.H.  
Gonzagagasse 15/3  
1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:  
a.o. Univ.-Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter  
Synthesis Forschung

Wien 2009